

Erstmals seit achtzig Jahren sind fremde Truppen in Russland einmarschiert. Doch der Kreml rufte nicht zu einem heiligen Feldzug gegen die ukrainischen Invasoren in Kursk auf und zieht in seinen offiziellen Verlautbarungen bislang keine Parallelen zum „Großen Vaterländischen Krieg“, wie in Russland der Zweite Weltkrieg bezeichnet wird. Das ist erstaunlich, schmäht Putin doch regelmäßig den ukrainischen Präsidenten und seine Regierung als Wiedergänger des Nationalsozialismus. Statt patriotisches Pathos anzustimmen und einen historischen Bogen zu spannen, redet Putin, sichtlich um Worte verlegen, von der Invasion als „Provokation“ oder auch nur als „Situation in der Kursker Region“.

Putin gilt einigen westlichen Beobachtern immer noch als Genie der Manipulation und als Prototyp eines Spin-Diktators; doch findet er offensichtlich keine Lösung für den eklatanten Widerspruch zwischen der Dramatik des militärischen Geschehens und der einmal vorgegebenen technischen Semantik der „militärischen Spezialoperation“, wie der blutige Krieg auch nach zweieinhalb Jahren vom Kreml immer noch genannt wird. Die ukrainische Invasion wird in den Staatsmedien abgehandelt wie eine Naturkatastrophe („Situation“) oder ein terroristischer Anschlag („Provokation“).

Putin zog tatsächlich einen entsprechenden Vergleich, als er am 20. August Beslan bereiste. Er begab sich zum Opfergedenken in die nordossetische Stadt, in der 2004 kaukasische Terroristen mehr als 1100 Kinder und Erwachsene in einer Schule in ihre Gewalt brachten. Damals drängte Putin als Präsident auf die militärische Befreiungsoperation. Überstürzt und planlos ausgeführt, starben dabei nach offiziellen Angaben 331 Geiseln, überwiegend Kinder. Nicht die Geiselnbefreiung, sondern die Erschießung der Terroristen war der vordringliche Zweck der Aktion. Putin, der einen erheblichen Anteil am desaströsen Verlauf der „Geiselnbefreiung“ hatte, sprach nun am Gedenktag der Tragödie von Beslan von der „nicht verheilten Wunde im historischen Gedächtnis von ganz Russland“. Die Erinnerung an eine zumindest fahrlässige verursachte Katastrophe soll offenbar einen russischen Präsidenten stärken und legitimieren, der gegenwärtig die Verantwortung trägt für eine andere Katastrophe der russischen Politik, nämlich die Flucht von Zehntausenden Bewohnern der Region Kursk aus ihrer Heimat, die die russische Staatsmacht nicht schützen konnte.

Darin liegt die einzige Gemeinsamkeit zwischen dem Anschlag von Beslan und der erfolgreichen ukrainischen Offensive in der Region Kursk: im russischen Staatsversagen und im Vertuschen des Gesche-

hens. Alexej Smirnow, der Gouverneur der Region von Kursk, machte den bemerkenswerten Vorschlag, die Geflüchteten aus Kursk könnten in der von Russland anektierten ukrainischen Region Saporischschja angesiedelt werden. Nun gibt es in Russland genügend Raum, Flüchtlinge anzusiedeln. Smirnows Vorschlag zielt vor allem darauf, die geflüchteten Bewohner daran zu hindern, ihre Augenzeugenberichte vom ukrainischen Vormarsch und ihre Frustration über den eigenen Staat in Russland zu verbreiten.

Staatsversagen ist in Russland kein seltenes Phänomen, die russische Reaktion auf die ukrainische Invasion in Kursk offenkundig aber noch mehr. So ist bereits Putins technokratische Antwort auf fremde

einzig Warteschlange vor einem Einberufungsbüro zeigen. Eine Welle der Solidarisierung mit den geflüchteten Russen aus Kursk bleibt aus.

Die Indifferenz gegenüber dem Leid vertriebener Mitbürger entspricht der Indifferenz der russischen Gesellschaft gegenüber der Politik generell. Es ist dieselbe Gleichgültigkeit, die unempfindlich macht für Kriegsverbrechen, die im russischen Namen begangen werden, und die nicht zu sehen vermag, dass es der eigene, von Russland begonnene Krieg ist, der jetzt in die Heimat zurückkehrt.

Putins Kriegsansage an die Ukraine war immer mit der Behauptung verbunden, die Ukraine sei keine Nation, eine Aussage, die durch den Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer gegen Russlands Angriff Lügen gestraft wurde. Die gegenwärtige Entwicklung wirft hingegen die Frage auf, ob Russland eine Nation ist. Verfügt das Land über die gesellschaftliche Integration, die nötig ist, um nicht nur über russische Erfolge im Sport zu jubeln, sondern auch Leid zu bewältigen und Solidarität zu üben? Nationalgefühl in diesem Sinne ist in Russland kaum vorhanden, und Putins Herrschaft stützt sich keineswegs auf patriotische Emotionen, sondern vermeidet bewusst den Appell an die Nation. Er ist ein unpatriotischer Herrscher, der paradoxerweise von russlandhörigen populistischen und rechtsextremen Parteien wie der AfD und dem BSW für seine vermeintlich traditionellen Werte verehrt wird. In Wirklichkeit verneigen sich die deutschen Rechtsextremen und anderen Putin-Anhänger vor dem Kult der Stärke und der Zerstörung, den das offizielle Russland pflegt.

Das Fehlen von Solidarität und politischem Nationalgefühl tritt angesichts der ukrainischen Invasion besonders deutlich zutage. Dies ist aber keineswegs ein neues Phänomen, sondern bildet den Hintergrund für die Passivität, mit der die russische Gesellschaft seit den Neunzigerjahren die autoritäre Transformation geschehen ließ, zwar mit einigen Protestbewegungen und Dissidenten voll Kreativität und respektvollflöndendem Mut, aber ohne wirkungsvollen Widerstand. Ohne gesellschaftliche und politische Integration ist das kollektive Bewusstsein in Russland ein idealer Nährboden für imperiale Ideologien, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Hass auf den Westen. Die hysterische Stimmungsmache, die im russischen Staatsfernsehen gegen Feinde im In- und Ausland betrieben wird, lässt ahnen, wie eine hasserfüllte Mobilisierung zur totalitären Verfolgung von marginalisierten Gruppen im Inneren führen kann.

Martin Schulze Wessel lehrt osteuropäische Geschichte an der Universität München.

Land der Gleichgültigen

Typisch passiv:
Putins Reaktion auf die Situation im Gebiet um Kursk

Von Martin Schulze Wessel

Truppen auf russischem Boden merkwürdig indifferent, bemerkenswert ist aber vor allem die überwiegend gleichgültige Reaktion der russischen Bevölkerung.

Am 21. August starteten die großen russischen Online-Plattformen Ozon, Avito und Wildberries eine landesweite Kampagne zur Unterstützung der russischen Flüchtlinge aus der Region Kursk. Innerhalb von fünf Tagen kamen 440 Millionen Rubel, gut vier Millionen Euro, zusammen – bei einer Einwohnerzahl der Russischen Föderation von 145 Millionen eine sehr bescheidene Summe.

Der liberale Politiker und Publizist Leonid Gozman fragt in der russischen Exilzeitung „Novaja Gazeta Evropa“, „warum der Krieg auf dem Territorium Russlands nicht zu Solidarität führt“. Seine Antwort lautet, dass in Russland die Identifikation mit dem eigenen Land und das Gefühl von Zugehörigkeit fehlen, deswegen fehle die Grundlage für ein freiwilliges Engagement, um Zehntausenden geflüchteten Landsleuten zu helfen. „Sehen Sie die vielen Anzeigen, dass man, sagen wir, kostenlos eine Familie aus der Nähe von Kursk aufnimmt? Und der Strom derer, die sich als Freiwillige melden wollen, um ihre Heimat zu verteidigen, wo ist er?“ Das Fernsehen könne nicht einmal eine

Zum Nutzen der Kinder

Große amerikanische Verlage gehen juristisch gegen die Verbannung von Büchern aus Schulbibliotheken vor.

Von Nina Rehfeld, Sedona

Auch du, Stephen King? Mit der jüngsten Entfernung von 23 Buchtiteln des Horror-Autors aus den Schulbüchereien eines Regierungsbezirks in Florida hat die Bemühung des Bundesstaats, seinen Schülern „unangemessene“ Lesestoffe vorzuenthalten, neue Blüten getrieben. „What the fuck?“, schrieb King dazu auf Twitter. Das an Floridas Golfküste rings um Naples gelegene Collier County entfernte Kings Romane „Es“, „Die Arena“ und „Carrie“.

Kings Werke sind in illustrierter Gesellschaft. In der schulbehördlichen Anwendung von Floridas House Bill 1069, einem im Juli 2023 verabschiedeten Gesetz, fallen unter anderem Alice Walkers „Die Farbe Lila“, Tolstois „Anna Karenina“, Maya Angelous „Ich weiß, warum der gefangene Vogel singt“, Ernest Hemingways „Wem die Stunde schlägt“ und Kurt Vonneguts „Schlachthof 5“, aber auch das „Tagebuch der Anne Frank“, Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ und Mark Twains „Die Abenteuer des Tom Sawyer“ in den Bereich des Unzumutbaren. Nach diesem Gesetz sind literarische Inhalte, die „sexuelle Handlungen beschreiben oder darstellen“ oder „pornographisch“ sind, aus den Schulbüchereien zu entfernen. Gleiches gilt für Bücher, die sich mit Homosexualität oder Transsexualität beschäftigen (Floridas Schulpersonal wird von der House Bill 1069 angewiesen, die Geschlechterrollen als „binär, stabil und unveränderlich“ zu vermitteln). Lehrern, Bibliothekaren und Schuldirektoren drohen empfindliche Strafen, falls sie ihre Schüler der Wirkung von Werken aussetzen, die im Rahmen dieses Gesetzes als unangemessen gelten könnten.

Dagegen wehren sich nun große Verlagshäuser wie Penguin Random House, Hachette, Harper Collins, Macmillan und Simon and Schuster in einer

in Orlando vorgebrachten Klage, zu deren Verfechtern auch der Autorenverband Authors Guild, verschiedene Schriftsteller sowie zwei Eltern zählten. Beklagt werden Floridas Bildungsbehörde, das State Board of Education sowie die Bildungskammern zweier Bezirke in dem Bundesstaat. In der Klage heißt es unter anderem, Floridas Schüler hätten unter dem ersten Verfassungszusatz, der es dem Staat verbietet, die freie Rede einzuschränken, ein Recht darauf, Bücher zu lesen, „frei von verfassungswidrigen, inhaltsbezogenen Beschränkungen durch den Bundesstaat Florida“.

Der republikanische Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, verwarft sich gegen die Bezeichnung des von ihm unterzeichneten Gesetzes als „Buchverbot“; vielmehr beschütze es Kinder und gebe Eltern die Fähigkeit, Einsicht in Unterrichtsmaterialien zu nehmen und „unangemessenen Materialien zu widersprechen“. Sydney Booker, eine Sprecherin von Floridas Schulbehörde, nannte die Klage einen „Stunt“ und sagte, es gebe keine Buchverbote in Florida: „Sexuell explizite Materialien sind für Schulen nicht geeignet.“

Die Klage der Buchverleger wendet sich dezidiert gegen die vage Definition von „Pornographie“ und „sexuellen Handlungen“ – anstatt ein Werk als Ganzes zu betrachten, gäben solche Ungenauigkeiten zensurwilligen Eltern großen Spielraum, auch Bücher aus den Schulbibliotheken zu verbannen, die „nicht im Entferntesten obszön“ seien, etwa Toni Morrisons „Sehr blaue Augen“. Die Verleger und andere Kläger kritisieren weiter, dass Bücher auch ohne die Beratung von „ausgebildetem Personal, wie Lehrern oder Medienspezialisten“, entfernt werden könnten.

Das freilich ist der springende Punkt der Bewegung, der auf die ultrarechte, 2021 gegründete Initiative Moms for Liberty zurückgeht. Sie gibt vor, den Eltern die Entscheidung darüber zurückübertragen zu wollen, welchen Unterrichtsmaterialien ihre Kinder ausgesetzt werden. Im Fadenkreuz der Bewegung stehen auch Bücher, die sich kritisch mit der Geschichte der amerikanischen Sklaverei und verschiedenen weißen Heldenfiguren der US-Geschichte auseinandersetzen.

Um die Entfernung eines Buches aus der Schulbibliothek zu bewirken, genügt es, dass ein Elternteil oder Bezirksanwäsinger eine Beschwerde über als anstößig empfundene Passagen zitiert. Der

Klage der Buchverleger zufolge haben manche Lehrer bereits vorsichtshalber sämtliche Bücher aus ihren Klassenzimmern verbannt, um potentiellen Schwierigkeiten wie etwa dem Verlust ihrer Lehrerausbildung aus dem Weg zu gehen. Mehrere Schulklassen haben im Rahmen von Floridas Gesetzgebung schon ihren Job verloren; unter anderem musste im März 2023 eine Schulleiterin in Tallahassee ihren Hut nehmen, nachdem sich Eltern darüber beschwert hatten, dass sie nicht darüber informiert worden seien, dass Sechstklässlern im Rahmen eines Renaissance-Kurses Nacktdarstellungen – darunter Michelangelos „David“ und Botticellis „Geburt der Venus“ – gezeigt wurden.



Obdachlose Bücher in Florida Foto Reuters

Dem Schriftstellerverband PEN America zufolge sind im vergangenen Jahr binnen sechs Monaten 4300 Bücher aus Schulen in dreißig US-Bundesstaaten entfernt worden. Florida steht unter Führung des ultrakonservativen Ron DeSantis an der Spitze dieser Bewegung. Der Gouverneur behauptet in einem Statement auf seiner Website, im Rahmen „woker Indoktrinierung“ seien „pornographische und unangemessene Materialien in unsere Schulen und Bibliotheken geschmuggelt worden, um unsere Schüler zu sexualisieren“.

PROF. DR. KLAUS BERNHARD EVARD

* 2. Februar 1936 in Berlin
† 30. August 2024 in Wiesbaden

Seine Lebensfreude, seine Stärke und sein Optimismus haben uns immer getragen. Er hat uns geliebt, wir haben ihn geliebt. Dieser Gedanke tröstet und wärmt uns.

Helgard Evard
Stephanie Evard Williams und David Williams mit Caspar, Noah und Aurelia
Christoph Evard und Victoria Luque mit Alba im Namen der Familie

Die Urnenbeisetzung in Berlin findet im Familienkreis statt.

Anstelle zugedachter Blumen erbitten wir eine Spende zugunsten des Rotary Fördervereins, DE12 4401 0046 0000 1064 62 > Klaus Evard <

Die EBS Universität und der EBS Alumni e.V. trauern um ihren Gründer

Professor Dr. Klaus Evard

2. Februar 1936 30. August 2024

Mit großer Trauer und tiefer Betroffenheit nehmen wir Abschied von Professor Dr. Klaus Evard, dem Gründer der EBS. Vor mehr als 50 Jahren setzte er seine Vision einer internationalen und praxisnahen Hochschulausbildung um und legte damit den Grundstein für die Ausbildung junger Menschen.

Seine Leidenschaft, sein Mut und seine visionäre Kraft haben die EBS zu dem gemacht, was sie heute ist. Mit seinem unvergleichlichen Engagement für Bildung hat er nicht nur eine Universität, sondern eine ganze Gemeinschaft geprägt und inspiriert.

Sein Lebenswerk bleibt unvergessen und wird weiterleben.

Wir sind unendlich dankbar für alles, was er für uns geschaffen hat.

Unser tiefes Mitgefühl gilt in dieser schweren Zeit seiner Familie.



EBS Alumni

Wir trauern um

Wilfried Volk

Diplom-Designer | Hochschuldozent | Bildender Künstler

12. April 1931 – 5. August 2024

Von 1972 bis 1996 hat Wilfried Volk am Fachgebiet Zeichnen, Malen und Grafik des Fachbereichs Architektur der Technischen Universität Darmstadt gewirkt.

Als lehrerschaftlicher Pädagoge hat er Generationen von Architektinnen und Architekten die Grundlagen des Zeichnens gelehrt und ihnen die Augen für die Welt der Farben geöffnet.

Sein Anspruch und seine besondere Gabe waren es, individuell auf seine Studierenden einzugehen und ihre Potentiale zu wecken.

Mit großer Dankbarkeit erinnern wir uns an seinen Idealismus, seinen Humor und seinen wachen Geist.

Prof. Ariel Auslender, Stefan Bachmann, Claudia Becker, Peter Begon, Karin Bertaloth, Claudia Bogs, Thomas Bub, Birgit Cornelsen, Christian Datz, Hilde Diekamp, Prof. Andrea Dung, Sandra Düsterhus, Prof. Johann Eisele, Ronald Faust, Martin Fladt, Hannes Freising, Silke Frischbutter, Angela Fritsch, Hartmut Gante, Hendrik Geier, Sabine Gollner, Prof. Marc Grief, Paul Hembus, Andreas Herschel, Enno Herwig, Marcus Hille, Thilo Höhne, Otto Horvath, Karin Joeckle, Prof. Peter Karle, Ricarda Knichelmann, Olaf Köhler, Michael Kopietz, Christoph Kraneburg, Burkard Kreppel, Christof Kullmann, Martin Lacher, Sibylle Lienhard, Prof. Claudia Lüling, Klaus Meier, Claudia Meixner, Prof. Christian Moczala, Prof. Dr. Julius Niederwöhmeier, Prof. Günter Pfeifer, Prof. Carsten Rohde, Georg Rombusch, Ariane Rössler, Karim Scharabi, Philipp Schiffer, Florian Schlüter, Peter Cachola Schmal, Prof. Walter A. Schmidt, Prof. Thomas Schmitz, Till Schneider, Marcus Scholz, Betina Schubotz, Tobias Schubotz, Jochen Schuh, Jan Schulz, Markus Schwiager, Caspar Seelinger, Martin Seelinger, Isolda Stamm, Marc Steinmetz, Dorothee Stürmer, Jörn Tillmanns, Hendrik Tovar, Prof. Cilia Tovar, Stefan Trosdorf, Matthias Walter, Lynn Wenzel, Tilman Weyel, Prof. Carola Wiese, Oliver Witan, Prof. Jens Wittfoht, Alex Zaske, Martin Zimmer

Wir haben einen tollen Menschen, einen Freund und Bildungsvisionär verloren.

Wir sind ihm sehr dankbar für all seine inspirierenden Ideen, vor allem für die Gründung der EBS Universität.

Prof. Dr. Klaus Evard

In großer Trauer denken wir an seine Frau, seine Kinder und Enkelkinder sowie seine Freunde.



Wir nehmen Abschied von unserem langjährigen ehemaligen Mitarbeiter, Gesellschafter und Geschäftsleitungsmitglied

Dr. rer. nat. Jan Sombroek

der am 1. September 2024 im Alter von 77 Jahren verstorben ist.

Über drei Jahrzehnte hat Dr. Jan Sombroek das Wissenschafts- und Technologieunternehmen Merck maßgeblich geprägt, davon neun Jahre als Mitglied der Geschäftsleitung.

Seine berufliche Laufbahn in unserem Unternehmen begann er, im Anschluss an seine Promotion in Chemie an der Universität Köln, 1975 als Laborleiter in der Medizinischen Chemie in Darmstadt.

Anschließend verantwortete er ab 1983 die Abteilung Herz-Kreislauf, bevor er 1990 die Leitung des gesamten Bereichs Medizinische Chemie übernahm.

Ein Forschungsaufenthalt führte ihn 1991 an die National Institutes of Health in Bethesda, Maryland, USA. Er kehrte 1992 als Verantwortlicher für das Pharma-Projektmanagement und die Qualitätssicherung nach Deutschland zurück und wechselte 1993 mit der Ernennung zum Direktor als Leiter in die Präklinische Forschung und Entwicklung.

Von 1997 bis 2006 war er als Mitglied der Geschäftsleitung unter anderem für Personal und Information Services, sowie für die Pharma- und Chemiegeschäfte in Lateinamerika und in mehreren asiatischen Ländern zuständig.

Dr. Jan Sombroek war dem Unternehmen sowie der Familie Merck stets in hohem Maße verbunden. Seinen großen Beitrag zum Erfolg unseres Unternehmens werden wir stets in dankbarer Erinnerung halten.

Unser Beileid gilt in diesen Tagen der Trauer besonders seinen Angehörigen und Freunden.



Gesellschafter, Geschäftsleitung und Belegschaft

Abschied nehmen

„Lebenswege“, das Trauerportal der F.A.Z., bietet Hinterbliebenen Raum, ihrem Schmerz angemessen Ausdruck zu verleihen. Hier finden sich Traueranzeigen über den Tag ihrer Veröffentlichung hinaus mit der Möglichkeit, eine Kondolenzbotschaft zu hinterlassen.

Mehr erfahren Sie unter lebenswege.faz.net

Frankfurter Allgemeine
LEBENSWEGE